

## Gestaltungsspielraum für die Stadt Bern!

Haben Sie nicht auch die Nase voll von einem Kanton, der trotz schwarzen Zahlen regelmässig Sparübungen auf dem Buckel der Ärmsten und Schwächsten vollzieht, während er gleichzeitig Steuergeschenke an die Reichen verteilt?

Mai 2017: 54,3 % der Stimmenden lehnen einen Kredit für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Kanton Bern ab. Die Stadt Bern stimmt mit 71 % deutlich für den 105-Millionen-Franken-Kredit.

Mai 2014: 58 % stimmen für die Abschaffung der Handänderungssteuer im Kanton Bern. Damit entfallen dem Kanton jährlich 25 Millionen Franken, die Immobilienbesitzer seither einsparen können, wenn sie ein Haus kaufen. Die Stadt Bern stimmt gegen das Steuergeschenk.

Auch bei eidgenössischen Abstimmungen spricht sich die Stadt Bern immer wieder für Steuergerechtigkeit aus und wird regelmässig vom Kanton überstimmt: Die Pauschalbesteuerunginitiative der AL Schweiz wird im November 2014 in der Stadt mit 57,8 % angenommen, im Kanton jedoch fast ebenso deutlich abgelehnt.

Die Steuergerechtigkeitsinitiative (für faire Steuern – Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb) der SP wird im November 2010 in der Stadt mit fast 60 % angenommen, im Kanton mit 51,6 % abgelehnt.

Macht es Sie nicht wütend, in einem Kanton zu leben, der über 165'000 Menschen ohne Schweizer Pass keine politischen Rechte gewähren will und den Gemeinden verbietet, das kommunale Ausländer\*innenstimmrecht einzuführen?

November 2013: Die Volksinitiative „Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern“ der jungen SVP wird im Kanton mit 55,8 % der Stimmen angenommen, die Stadt stimmt mit 65,3 % dagegen. Somit können sich im Kanton Bern nur noch diejenigen armutsbetroffenen

Personen einbürgern lassen, die auf ihr Recht auf Sozialhilfe verzichten. Es wird einmal mehr das Signal ausgesendet, dass sich ausländische Mitbürger\*innen im Kanton Bern ja nicht zu Hause fühlen sollen, wenn sie kein Vermögen und nur ein kleines Einkommen haben.

September 2010: Im Kanton wollen 72,3 % der Stimmenden den Gemeinden nicht erlauben, das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländer\*innen einführen zu dürfen. Die Stadt Bern hingegen nimmt die Initiative „zäme läbe – zäme schtimme“ an.

Auf eidgenössischer Ebene hat sich die Stadt Bern immer deutlich gegen die rassistischen SVP-Initiativen der letzten Jahre ausgesprochen. So wird die Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 in der Stadt mit 72,3 % abgelehnt, der Kanton stimmt mit 51,1 % dafür.

Die Ausschaffungsinitiative im November 2010 wird in der Stadt mit 69,1 % verworfen, während sich im Kanton 53,6 % der Stimmenden für die automatische Ausweisung von verurteilten Delinquent\*innen ohne Schweizer Pass aussprechen und somit der Einführung einer Apartheidjustiz zustimmen.

Haben Sie nicht langsam genug von einem Kanton, für den Profit wichtiger ist als Umweltschutz und der sich trotz Klimaerwärmung und Fukushima für den Strassenbau, die Förderung des motorisierten Individualverkehrs und die Atomkraft ausspricht?

Mai 2014: In der Stadt Bern sprechen sich 55,6 % für die sofortige Stilllegung des Schrottreaktors in Mühleberg aus, während im Kanton 63,3 % für den Weiterbetrieb des Atommeilers stimmen.

März 2013: Die Stadt Bern stimmt für die Förderung von erneuerbaren Energien (Bern erneuerbar), der Kanton lehnt die Initiative der Grünen mit 65,3 % deutlich ab. Nicht einmal der verwässerte Gegenvorschlag des Grossen Rats wird angenommen.

September 2012: Im Kanton wird der Volksvorschlag eines SVP-Garagisten für eine massive Senkung der Autosteuer angenommen. Dem Kanton

entfallen 100 Millionen Steuereinnahmen. Die Stadt Bern stimmt mit 66,4 % gegen das Steuergeschenk für den motorisierten Individualverkehr.

Februar 2011: Einen Monat vor der Katastrophe in Fukushima spricht sich der Kanton mit 51,2 % für ein neues AKW in Mühleberg aus, während die Stadt mit 65,3 % dagegen ist.

Die Alternative Linke will sich im Grossen Rat für grössere Autonomie der Gemeinden innerhalb des Kantons Bern einsetzen. Seit Jahren wird im Grossen Rat sozialer Kahlschlag betrieben, während sich die Stimmberechtigten der Stadt Bern und auch der Stadtrat regelmässig für mehr soziale Gerechtigkeit aussprechen.

Mit einem grösseren politischen Gestaltungsspielraum im Kanton könnte die Stadt Bern eine Vorbildfunktion ausüben. Die Stadt könnte zum Beispiel all ihren Bewohner\*innen eine Gemeindebürger\*innenschaft (City Card) ausstellen und somit allen die Teilhabe an staatlichen Dienstleistungen und Angeboten ermöglichen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Stadt Bern könnte die Steuereinnahmen für die Unterstützung von Krankenkassenprämien erhöhen, statt mit Kürzungen immer mehr Sozialhilfeabhängige zu produzieren. Die Stadt könnte die Motorfahrzeugsteuern erhöhen und so den motorisierten Individualverkehr wirksam eindämmen.

Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens in der Stadt Bern der letzten Jahre zeigt, dass solche Ideen in der Stadt mehrheitsfähig und umsetzbar wären, wenn nicht dauernd alle fortschrittlichen Ideen vom konservativen Kanton blockiert und abgeschmettert würden.

Aus diesen Gründen will sich die AL im Grossen Rat für mehr Autonomie und einen grösseren Gestaltungsspielraum für die Stadt Bern einsetzen.

Eine Stimme für die AL ist eine Stimme für mehr politische Autonomie, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz.

## Politik und gesellschaftliche Partizipation

Mitbestimmung ist die Basis einer echten Demokratie. Deshalb machen wir uns stark für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für alle Bevölkerungsgruppen.

- Wir setzen uns ein für das Stimm- und Wahlrecht aller im Kanton Bern wohnhaften Personen. Politische Rechte sind die Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben und die Entwicklung der Lebenswelt mitgestalten zu können. Nur dadurch ist echte Integration möglich.
- Wir fordern die Einführung einer Gemeindebürger\*innenschaft (Urban Citizenship). Diese ermöglicht es Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, vollwertige Mitglieder der Gemeinde zu werden, sodass sie sich angstfrei bewegen können und Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten haben.
- Einsicht in und Mitgestaltung von Entscheidungsprozessen ist ein wesentlicher Bestandteil gelebter Demokratie. Verwaltungs-, Parlaments- und Regierungsunterlagen müssen öffentlich zugänglich sein (Open Data), weil nur so die Bürger\*innen ihre Funktion als Souverän wahrnehmen und an politischen Entscheidungen mitwirken können. Zweitens braucht es öffentliche Diskussionsräume, beispielsweise in Form von Zukunftswerkstätten, Quartier- und weiteren nichtkommerziellen Treffpunkten im ganzen Kanton, damit die Zivilgesellschaft mitreden und mitbestimmen kann.
- Die Entscheidungsstrukturen sind so umzugestalten, dass Entscheidungen auf der tiefsten Ebene getroffen werden können. Dafür braucht es die Gewährleistung der Gemeinde- und die Schaffung von Quartier- und Regionalautonomie. So kann erreicht werden, dass bei Vorlagen und Entscheidungen, welche ein Quartier, eine Region etc. betreffen, nur die tatsächlich Betroffenen abstimmen und mitentscheiden können. Zusätzlich kann verhindert werden, dass eine nicht betroffene Mehrheit über die betroffenen Minderheiten entscheiden kann.

- Wir fordern ein Haus der Vereine im Ringhof in Bern. Büroräumlichkeiten für Vereine, NGOs und andere Nonprofit-Organisationen in den Bereichen Soziales, Grundrechte, Migration, Umwelt, Politik etc., Ateliers und Übungsräume für Künstler\*innen, aber auch öffentliche und halböffentliche Nutzungen wie multifunktional nutzbare und kostengünstige Räume für Veranstaltungen, Konzerte, Geburtstagsfeiern, Sitzungen und Tagungen sowie ein offener Quartiertreff sollen in diesem Gebäude vereint werden.
- Wir fordern eine kantonale Ombudsstelle, die Menschen unterstützt, welche Probleme mit der kantonalen Verwaltung, kantonalen Betrieben und der Kantonspolizei haben.

## Gleichstellung und Antidiskriminierung

Wir wehren uns gegen alle Formen von Diskriminierung. Privilegien, egal aufgrund welcher angeborenen oder zugeschriebenen Merkmale, sollen nicht weitervererbt werden, sie gehören abgeschafft.

- Häusliche Gewalt ist eine Gewaltform, von der mehrheitlich (78 % im Jahre 2016 laut BFS) Frauen betroffen sind. Im Jahr 2016 starben in der Schweiz 19 Menschen aufgrund von häuslicher Gewalt, 18 davon waren Frauen. Diese traurige Tatsache zeigt, wie wichtig Institutionen zum Schutz von Frauen sind. Deshalb fordern wir, auch im Zusammenhang mit der von der Schweiz ratifizierten Istanbul-Konvention, den Erhalt der bisherigen Strukturen der Opferhilfe sowie einen verbesserten Zugang (insbesondere für Menschen mit einer körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung). Ein grosses Problem sind zudem fehlende Betreuungsangebote nach einem Aufenthalt im Frauenhaus. Hier ist der Kanton angehalten, entsprechende Angebote auf- und auszubauen.
- Der Kanton Bern muss die Benachteiligung von Frauen durch geringere Entlohnung trotz gleicher Arbeit und Qualifikationen

aktiv bekämpfen. Lohndiskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder anderer zufälliger Merkmale sind explizit zu verbieten.

- Der Kanton Bern soll in Sachen Elternzeit eine Vorbildfunktion einnehmen: Wir fordern die Einführung einer Elternzeit für alle im Kanton Bern erwerbstätigen und wohnhaften Menschen.
- Jobsharing und Teilzeitpensen sollen für alle Kantonsangestellten unabhängig ihrer Funktion möglich sein. Der Kanton soll Stellen, deren Pensum zwischen 80 und 100 % beträgt, immer mit dem Hinweis ausschreiben, dass ein Jobsharing möglich ist.
- Geschlechterstereotypen, sozioökonomische und kulturelle Hintergründe beeinflussen nach wie vor erheblich die Berufs- und Studienwahl. Der Kanton soll in Zusammenarbeit mit Betrieben und Ausbildungsinstitutionen seine Massnahmen (wie z. B. Projektwochen oder spezifische Schnuppertage) verstärken, um dem entgegenzuwirken.
- Der Kanton soll für alle Einwohner\*innen, unabhängig ihrer Herkunft, einen kostengünstigen Zugang zu Sprachkursen (deutsch/französisch) ermöglichen.
- Die Bürgergemeinde ist ein alter Zopf aus feudalen Zeiten. Damit werden Klassenunterschiede und Privilegien aufgrund der Geburt zementiert. Die Bürgergemeinde gehört abgeschafft, ihr Vermögen soll an den Kanton und die jeweiligen Gemeinden gehen.
- „Racial Profiling“ oder „Ethnic Profiling“, d. h. das Kategorisieren von Menschen nach bestimmten körperlichen oder sozialen Merkmalen, ist rassistisch und diskriminierend. Es basiert auf gesellschaftlichen Macht- und Gewaltstrukturen, die zu bekämpfen und überwinden sind: Im Bereich der Polizeiarbeit, aber auch bei den Sozialdiensten und anderen öffentlichen Institutionen braucht es diesbezüglich eine Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Rahmen der Aus- und Weiterbildung.
- Der Kanton Bern soll überprüfen, ob die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\* und intersexuellen Menschen (LGBTI\*) in der Kantonsverwaltung

gewährleistet ist oder ob Massnahmen dazu ergriffen werden müssen.

## Drogen und Genussmittel

Wir fordern ein Ende der unnützen und repressiven Drogenprohibition. Das Ziel unserer Politik ist ein aufgeklärter Umgang mit Drogen und Genussmitteln. Der Konsum und die Produktion zum Eigenbedarf (insbesondere von Hanfprodukten) sollen legalisiert werden. Die bestehenden Instrumente zur Beratung und Aufklärung über die möglichen Gefahren von Drogen sollen ausgebaut werden.

- Bestehende Angebote, um Drogen auf gefährliche Inhalte testen zu lassen, müssen ausgebaut und breiter bekannt gemacht werden.
- Wir fordern die Legalisierung von Hanfbesitz und -anbau. Um den Schmuggel und den Konsum von Hanf aus Regionen zu beschränken, die unter der Drogenmafia und Bürgerkrieg leiden (wie z. B. Libanon, Marokko oder Mexiko), fordern wir die Tolerierung von Hanfläden, die regionale, biologisch und sozialverträglich produzierte Outdoor-Hanfprodukte verkaufen.
- Wir begrüssen die initiierten Projekte zur Abgabe von Cannabis in Apotheken und in sogenannten „Cannabis Social Clubs“ in der Stadt Bern und finden, dass dieses Modell auf weitere Substanzen (z. B. Kokain, LSD etc.) und weitere Gemeinden des Kantons Bern ausgedehnt werden sollte.
- Es braucht in allen grösseren Zentren, wie z. B. in Thun, Burgdorf oder Langenthal, eine Drogenanlaufstelle. Wenn der gesundheitsverträgliche Konsum mit sauberen Spritzen nur in der Stadt Bern möglich ist, entsteht für alle Beteiligten, seien es Konsument\*innen oder Anwohner\*innen, unnötiger zusätzlicher Stress, der mit der Dezentralisierung der Angebote reduziert werden kann. Zudem ist eine einzige Drogenanlaufstelle in der Stadt Bern zu wenig. Deshalb fordern wir die Eröffnung einer zweiten Anlaufstelle, die 24 Stunden geöffnet hat.

## Sicherheit und Staatsgewalt

Sicherheit heisst auch Sicherheit vor Staatsgewalt und vor dem Missbrauch des Gewaltmonopols. Wir sind der Meinung, dass die Polizei ihre Aufgaben als „Freundin und Helferin“ für alle Bevölkerungsgruppen wahrnehmen und nicht das Sicherheitsbedürfnis von einigen wenigen durch übertriebene Repression und Übergriffe befriedigen sollte. Dies ist insbesondere wichtig, um dem Sicherheitswahn und der Antiterrorhysterie zu begegnen.

Ein arrogantes, rassistisches oder gewalttätiges Auftreten der Kantonspolizei kommt zu oft vor. Seit der Fusion zur Kantonspolizei im Jahre 2008 hat sich das Verhältnis zwischen Bewohner\*innen und der Polizei nicht gerade verbessert, im Gegenteil: Die Fusion der Polizeikorps und die kantonale Zuständigkeit haben zu einer Anonymisierung und zu einem erhöhten Entfremdungsgefühl geführt.

- Die demokratische Kontrolle über die Polizei muss wieder durch die Gemeinde sowie die Bevölkerung ausgeübt werden. Die Polizeiarbeit soll weniger anonym und auf die Situation in der Gemeinde abgestimmt werden. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Gemeindepolizei.
- Übergriffige Polizist\*innen sollen in Zukunft konsequent sanktioniert und bei wiederholten Verstössen aus dem Korps ausgeschlossen werden. Neben einer kantonalen Ombudsstelle braucht es eine unabhängige Beschwerdeinstanz und eine suprakantonale Sonderstaatsanwaltschaft zur Ermittlung polizeilichen Fehlverhaltens.
- Menschen, die von Racial bzw. Ethnic Profiling betroffen sind, sollen bessere rechtliche Möglichkeiten erhalten, um sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Als Grundlage dafür soll die Polizei bei jeder Kontrolle eine Quittung ausstellen müssen, welche Angaben zur kontrollierenden und kontrollierten Person sowie den Anfangsverdacht festhält und ob sich dieser erhärtet hat. In England haben die Quittungen nachweislich dazu geführt, dass weniger Kontrollen aufgrund von äusseren Merkmalen gemacht werden.

- Die Polizei soll bei der Ausbildung und Anstellung der Polizist\*innen darauf achten, dass alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere auch mehr Frauen und Migrant\*innen vertreten sind. Auch Personen mit einem C- oder B-Ausweis sollen bei der Polizei arbeiten können.
- In der Kommunikation zwischen Polizei, Öffentlichkeit und Einzelpersonen gibt es Verbesserungsbedarf: Deshalb muss das Training in gewaltfreier und konfliktreduzierender Kommunikation in der Ausbildung ausgebaut und als Standard trainiert werden.
- Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), die sich ohne jegliche demokratische Legitimation in die Sicherheitspolitik einmischt, hat sich bisher nur mit reaktionärer Politik einen Namen gemacht – diese wollen wir nicht weiter unterstützen. Deshalb soll der Ausstieg aus der KKJPD vollzogen werden.
- Auf nationaler Ebene soll der Paragraph des Landfriedensbruchs im Strafgesetzbuch abgeschafft werden. Dieser massenhaft und oft willkürlich angewendete Gummiparagraph dient in erster Linie der Kriminalisierung politischer Bewegungen und der Einschüchterung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bis zu seiner Abschaffung soll der Paragraph im Kanton Bern nicht mehr angewendet werden.
- Privaten Sicherheitsfirmen sollen strenge Auflagen gemacht und ihre Kompetenzen im öffentlichen Raum stark eingeschränkt werden.
- Im Justizvollzug haben private Institutionen nichts verloren! Private sollen keinen physischen Zwang auf Personen ausüben dürfen und auch das Personal von privaten Sicherheitsfirmen soll nicht in Gefängnissen arbeiten dürfen. Das Justizvollzugsgesetz muss entsprechend angepasst werden.

## Steuern und (globale) Umverteilung

Die Abstimmungsergebnisse der letzten Jahre und der politische Aufschwung der populistischen Rechten zeigen, wie mit Angst und Missgunst gegenüber ärmeren Bevölkerungsgruppen erfolgreich Politik gemacht werden kann. Wir von der AL sind überzeugt, dass diesen Tendenzen nur mit einer umfassenden Politik sozialer Sicherheit und einer flachen Reichumsverteilung entgegengetreten werden kann. Deshalb ist eine globale Umverteilung des Reichtums, der auf Kosten ärmerer Bevölkerungsgruppen und Länder angehäuft wurde, unumgänglich.

- Steuern sind ein zentrales Steuerungsinstrument. Damit wird festgelegt, wer sich in welchem Umfang an der öffentlichen Infrastruktur und am Gemeinwohl beteiligt. Deshalb setzen wir uns für die Steuerbefreiung von Personen ein, die unter dem Existenzminimum leben. Um die Dynamik „Gewinne für Einzelne und Verluste für die Allgemeinheit“ zu durchbrechen, fordern wir, dass sich reiche Menschen und erfolgreiche Unternehmen stärker an den öffentlichen Ausgaben beteiligen. Dazu sind die Erhöhung der Steuern für reiche Menschen sowie der Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuer geeignete Mittel.
- Wir wehren uns gegen die Senkung von Unternehmenssteuern und fordern bei Unternehmen mit grossem Gewinn eine Erhöhung der Steuern. Unternehmen profitieren von der kantonalen Infrastruktur. Statt Gewinne an die Aktionäre auszuschütten, sollen diese auch der Allgemeinheit zugutekommen.
- Wir fordern die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, die Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie der Vermögenssteuer: Reiche Personen sollen einen erheblichen Beitrag an das Gemeinwesen und die Infrastruktur leisten.
- Durch Steuerhinterziehung entgehen dem Gemeinwesen jährlich Steuern in Milliardenhöhe, die für dringend benötigte Ausgaben in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit notwendig sind. Deshalb soll der automatische Informationsaustausch zwischen den

kantonalen Steuerbehörden eingeführt und somit das Bankgeheimnis auch in der Schweiz aufgehoben werden.

- Der Reichtum der Schweiz und allgemein des Globalen Nordens war nur durch Jahrhunderte kolonialer, imperialistischer und kapitalistischer Ausbeutung möglich. Jährlich fliessen hunderte von Milliarden Franken unbesteuert aus den Ländern des Globalen Südens in die Schweiz und andere Steueroasen. Zahlreiche Unternehmen profitieren, indem ihre lokal erzielten Gewinne praktisch unbesteuert bleiben oder durch juristische Konstrukte und Korruption den jeweiligen Gemeinwesen entgehen. Ein Teil der hier erzielten Steuern auf Unternehmens- und Kapitalgewinne muss deshalb im Sinne einer globalen Umverteilung zurück in die Herkunftsländer fliessen.
- Wir fordern deshalb vom Kanton, eine Strategie auszuarbeiten, wie ein Teil der so unlauter erzielten Gewinnsteuern in die Länder des Globalen Südens zurückfliessen kann, etwa durch Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau von gleichberechtigten, regionalen Partnerschaften oder Rücküberweisungen (sog. „remittances“) an Länder und Regionen, die besonders von Ausbeutung durch Schweizer Konzerne (etwa im Rohstoffsektor) betroffen sind.
- Im Sinne eines sozialen Ausgleichs schlagen wir eine Besteuerung von Immobilien nach der Grösse der Wohnfläche vor: Ungenutzter Wohnraum und solcher, der über einen Grundbedarf pro Kopf hinausgeht, soll stärker besteuert werden. Die Erlöse könnten z. B. in einen Fonds für Wohnbaupolitik fliessen, um den dringend benötigten günstigen Wohnraum zu schaffen.

## Soziale Sicherheit

Ein Leben in Würde und Freiheit ist nur möglich, wenn die materielle und soziale Sicherheit aller Menschen gewährleistet ist. Deshalb sind existenzsichernde Einkommen, gute Leistungen der öffentlichen Versicherungen (wie z. B. AHV, IV oder ALV) und der Sozialhilfe

elementarer Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft. Die AHV wird aktuell immer schwächer und es braucht eine Veränderung bei unserem Rentensystem, welche allen eine Rente in Würde ermöglicht: Aus diesem Grund unterstützen wir die nationalen Bestrebungen, eine Volksinitiative zu lancieren, welche die AHV stärkt und die sogenannte zweite Säule (Pensionskasse) in der ersten Säule (AHV) integriert und in der Übergangszeit die Besitzstandswahrung der Altersguthaben aus den Pensionskassen garantiert.

- Bei der Sozialhilfe darf nicht weiter gekürzt werden. Die Ansätze gemäss SKOS-Richtlinien müssen das absolute Minimum sein! Statt Menschen in Not, die von der IV oder Sozialhilfe unterstützt werden, zu bespitzeln, sollen die Detektiv\*innen in die Steuerfahndung umgeteilt werden. Dort liegt viel mehr finanzielles Potential brach; zudem sind die Steuerhinterziehungen von Wohlhabenden deutlich verwerflicher als die kleinen Notlügen von Bedürftigen.
- Wir wehren uns gegen weitere Kürzungen bei den Prämienverbilligungen. Diese sind ein wichtiges Instrument, um die finanziell angespannte Situation von ärmeren Bewohner\*innen und Familien zu entlasten. Zudem fordern wir, dass die finanziellen Mittel zur Ermöglichung von Prämienverbilligungen allgemein erhöht werden sollen.
- Um die ständig steigenden Krankenkassenprämien in den Griff zu bekommen, erachten wir zudem eine Einheitskasse als unumgänglich. Weil die Einheitskasse auf Bundesebene bis jetzt keine Chance hatte, fordern wir, dass der Kanton Bern hier voranschreitet und eine solche auf kantonaler Ebene einführt.
- Wir fordern, dass im Kanton Bern Kleinkinderbetreuungsbeiträge für Familien mit tiefem Einkommen, die sich persönlich der Pflege und Erziehung ihrer Kleinkinder widmen, eingeführt werden. Diese sollen gegen Antrag für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahr ausbezahlt werden und so einen wichtigen Beitrag leisten, dass Kleinkinder nicht zu Sozialhilfeabhängigkeit führen.

# Migration

Die aktuellen Asyl- und Migrationspolitiken der Schweiz und Europas lösen keine Probleme, sondern verschärfen die menschenunwürdige Situation von Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Die westliche Welt lebt eine imperiale Lebensweise, die auf der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Erdteile beruht. Konflikte, Umweltkatastrophen und Armut sind von uns mitverursacht. Deshalb dürfen wir uns auch nicht der Verantwortung entziehen.

Wir fordern ein Bleiberecht und ein Leben in Würde für alle, insbesondere für alle an Leib und Leben bedrohten und verfolgten Menschen. Niemand darf aufgrund des Aufenthaltsstatus diskriminiert, interniert oder ausgeschafft werden. Die Reise-, Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht, für uns selbstverständlich, für sehr viele Menschen eine Wunschvorstellung.

- Wir setzen uns für eine menschenwürdige Unterbringung der geflüchteten Menschen und Asylsuchenden in kleinen Zentren ein. Der Kanton hat erstens sicherzustellen, dass in allen Zentren gute Bedingungen bezüglich Freiwilligenarbeit, kultureller Anlässe, Bewegungsfreiheit, Kommunikationsmöglichkeiten und Öffnungszeiten bestehen. Zweitens darf der Kanton die Führung der Zentren nicht an gewinnorientierte Organisationen übertragen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass für Flüchtende mit speziellen Bedürfnissen eigene geschützte Angebote geschaffen werden, welche diesen Bedürfnissen gerecht werden. Insbesondere sind dabei unbegleitete Minderjährige (UMA), Frauen mit Kindern und LGBTI\* zu berücksichtigen.
- Die private Unterbringung von Asylsuchenden muss vereinfacht und gefördert werden. Dies erleichtert die soziale und berufliche Integration und verhindert soziale Probleme, die durch das Zusammenpferchen von Menschen mit psychischen und physischen Problemen an unpassenden Orten (wie unterirdischen Zivilschutzanlagen) entstehen können.
- In einem Rechtsstaat ist es elementar, dass sich die Bevölkerung gegen ungerechte Behandlungen wehren kann. Dies gilt auch für Asylsuchende! Deshalb ist eine unabhängige Ombudsstelle einzurichten, bei der sich Betroffene über Unterkunfts- und Arbeitsbedingungen sowie Verfahrensabläufe beschweren können.
- Damit sich Asylsuchende, insbesondere solche, die in Durchgangszentren und in den UMA-Zentren wohnen, frei bewegen und ihre Termine wahrnehmen können, sollen sie das Recht bekommen, den ÖV im Kanton Bern gratis zu benutzen.
- Die Einsparungen im Gesundheitswesen haben auch bei der Behandlung von Asylsuchenden zu drastischen Verschlechterungen geführt. Insbesondere darf bei der Traumabehandlung und den dafür nötigen Übersetzer\*innen nicht gespart werden. Traumatische Erlebnisse müssen sowohl in Hinblick auf das persönliche wie das Wohlergehen des Umfelds behandelt werden.
- Die Migrationsbehörden und Betreiber\*innen der Unterkünfte sollten mit lokalen, zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z. B. der Autonomen Schule denk:mal, dem Solidaritätsnetz Bern für Sans-Papiers oder dem Menschlichen Umgang mit Flüchtlingen (MUF) besser zusammenarbeiten, sie fördern, anhören und nicht durch Hausverbote ausschliessen. Unabhängige Gruppen können die Geflüchteten persönlicher unterstützen und auch die Mängel, Unzulänglichkeiten oder Unzumutbares des Asylsystems freier formulieren oder angehen.
- Das Leben ohne geregelten Aufenthaltsstatus ist menschenunwürdig. Deshalb fordern wir die Regularisierung von allen Sans-Papiers.
- Heute werden Geflüchtete von den Behörden meist wie Objekte verwaltet, mit wenig Rücksicht auf individuelle, familiäre oder gesundheitliche Gegebenheiten oder Bedürfnisse. Ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Betroffenen oder mindestens eine Anhörungspflicht, sei es bei Unterkunft, Wohnort, Beschäftigung, Mobilität etc., könnte den Geflüchteten etwas

Selbstbestimmungsrecht und damit mehr Würde und Menschlichkeit einräumen.

## Wirtschaft und Arbeiten

Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf einem fatalen wirtschaftlichen Wachstumszwang beruht, hat seine Grenzen längst erreicht. Die Wirtschaft von morgen soll nicht von wenigen grossen Unternehmen und Kapitaleigentümern dominiert werden. Wir setzen uns deshalb für alternative Wirtschaftsformen ein: Es braucht eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen und den natürlichen Ressourcen orientiert und nicht am Profit- und Gewinnstreben Einzelner. Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Ernährung, Gesundheit und Infrastruktur sollen jenseits des Marktes gedeckt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die bei der Warenproduktion entstehenden sozialen und ökologischen Kosten (sogenannte externalisierte Kosten) nicht auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Soziale Arbeitsbedingungen und ressourcenschonendes Wirtschaften sollen deshalb gefördert werden. Längerfristig streben wir den Übergang von einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu solidarischen Ökonomien an, in welchen die genossenschaftliche Selbstverwaltung eine Schlüsselrolle spielt.

- Wir setzen uns für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung ein: Drei Arbeitstage pro Woche bzw. ein Arbeitspensum von 60 % müssen zum Leben reichen. Kurzfristig sollen daher vermehrt Teilzeitpensen ermöglicht werden. Teilzeitarbeit muss auch in Kaderpositionen möglich sein. Der Kanton als Arbeitgeber spielt hier eine Schlüsselrolle und soll mit gutem Beispiel vorangehen: In allen kantonalen Betrieben und der Verwaltung soll die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche gesenkt sowie die Möglichkeit für Sabbaticals und Elternzeit eingeführt werden.
- Der Kanton Bern ist ein grosser Käufer von Gütern und Dienstleistungen. Im öffentlichen Beschaffungswesen soll nicht der Preis im Zentrum stehen, sondern soziale und ökologische Kriterien. Ein Auftrag soll deshalb nicht an den billigsten, sondern

an einen (nachweislich) sozialen, ökologischen und regionalen Anbieter vergeben werden.

- In der kantonalen Wirtschaftsförderung darf nicht der Profit im Zentrum stehen. Steuergeschenke für Grosskonzerne sind nicht alternativlos und müssen durch die Förderung von nachhaltigen Innovationen, sozialen Projekten und umweltfreundlichen Technologien ersetzt werden. Deshalb fordern wir, dass die kantonale Wirtschaftsförderung Förderbeiträge nach klaren, ökologisch und sozial nachhaltigen Kriterien vergibt.
- Der Kanton Bern soll sich jeglichen Rankings, in denen es um Standortwettbewerb und die Anwerbung grosser, multinationaler Unternehmen sowie vermögender Personen geht, entziehen. Er soll vielmehr eigene Kriterien entwickeln, die sich an der Lebensqualität aller Bewohner\*innen orientieren und nicht nur an dem privilegierten Segment von Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen.
- Nachbarschafts- und Selbsthilfeprojekte sowie der Aufbau regionaler und lokaler ökonomischer Kreisläufe sollen im Kanton Bern aktiv gefördert werden. Eine Möglichkeit besteht beispielsweise darin, dass betagte Menschen in einer Wohngemeinschaft mit jüngeren Menschen wohnen oder dass Leute aus dem Quartier Kindern Nachhilfe geben.
- Finanzinstitute spielen bei der Steuerung der Wirtschaft eine zentrale Rolle. Deshalb wollen wir die Berner Kantonalbank (BEKB) reorganisieren und demokratisch kontrollieren. Einerseits, weil dadurch nicht nur die Verluste, sondern auch die Gewinne kollektiviert werden, und andererseits, weil durch die demokratische Kontrolle garantiert werden kann, dass die BEKB soziale und ökologische Verantwortung übernimmt.
- Der Kanton verpflichtet sich bei den Finanzanlagen dazu, nicht mehr in Kriegsmaterial (inkl. Dual-Use-Güter), nukleare und fossile Energien zu investieren. Mittelfristig sollen Investitionen an klare ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden.



- Die Einführung eines kantonalen Mindestlohns im Kanton Neuenburg wurde kürzlich vom Bundesgericht für rechtens erklärt. Der Kanton Bern soll diesem guten Beispiel folgen und ebenfalls einen kantonalen Mindestlohn einführen.
- Die TISA-freien Zonen sind in verschiedenen Gemeinden erfolgreich umgesetzt worden. Das Zurückdrängen von TISA über die Parlamente ist ein gangbarer Weg. Entsprechend wollen wir den ganzen Kanton zur TISA-freien Zone erklären.

## Landwirtschaft und Ernährung

Wir lehnen die Auswüchse der industriellen Landwirtschaft ab. Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sollen nicht ausbeuterisch, sondern in ökologisch verträglichen, regionalen Strukturen organisiert werden. Die Landwirtschaft kann nur so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen wie z. B. der Bodenqualität und der Bewältigung der Klimaerwärmung leisten. Wichtige Eckpfeiler einer Landwirtschaft für Mensch und Mitwelt sind das Konzept der Ernährungssouveränität, die Vertragslandwirtschaft und die Direktvermarktung. Wir fordern strengere Vorschriften, was die Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sowie die Tierhaltung angeht. Der immense Konsum von tierischen Produkten hat zudem gravierende ökologische Konsequenzen. Deshalb wollen wir die Direktzahlungen auf den Gemüse- und Getreideanbau statt auf die Milch- und Fleischproduktion ausrichten, sodass der Konsum tierischer Produkte deutlich abnimmt. Der Import von Nahrungs- und vor allem Futtermitteln aus Übersee ist mit einer Ökosteuer zu belegen.

- Die Produktion von Lebensmitteln soll für die Konsument\*innen wie auch für die Produzent\*innen neue Perspektiven eröffnen, die regionale Ökonomie stärken und so auch einen Beitrag zur Ernährungssouveränität leisten. Deshalb soll der Kanton regionale, ökologische und soziale Landwirtschaftsprojekte wie Permakulturen, Vertragslandwirtschaft und Urban Gardening/Farming unterstützen.

- Eine ökologische und nachhaltig produzierende Landwirtschaft ist nur dann möglich, wenn die weggeworfenen Lebensmittel (Foodwaste) drastisch reduziert werden und noch Essbares weiterverwendet wird. Deshalb sind noch verwertbare Essensreste zum weiteren Konsum freizugeben und nicht mehr verwertbare Essensreste konsequent in Kompost oder Biogas zu verarbeiten.
- Kantonale Betriebe, insbesondere im Bildungs- und Sozialwesen, haben wichtige gesellschaftliche Signalwirkung. Wenn kantonale Betriebe überzeugend aufzeigen, wie regionale, ökologische und soziale Ernährung im Alltag praktisch umsetzbar ist, werden diese Verhaltensweisen auch in die Privathaushalte ausstrahlen.
- Leidensfähige Tiere werden z. B. in Tierversuchen und in der Tierhaltung immer noch routinemässig gequält, unterdrückt und ausgebeutet. Dies soll endlich auf ein Minimum eingeschränkt werden und die Einschränkung soll durch entsprechende Kontrollen wirksam durchgesetzt werden.

## Kultur und Nachtleben

Kultur verbindet Menschen. Kultur ist Auseinandersetzung mit – oder auch Ablenkung vom – Alltag. Kultur erlaubt uns, unsere Lebensweise, unser Zusammenleben und unsere Umwelt zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen. Kultur findet nicht nur in Stadttheatern, Opernhäusern, Konzerthallen oder Multiplex-Kinos statt, sondern überall: an Häuserecken, auf öffentlichen Plätzen, in kleinen Beizen, Altstadtkellern, Clubs, Wohngemeinschaften und Altersheimen, in leerstehenden oder besetzten Häusern und Fabriken, auf Wagenplätzen, an und manchmal in der Aare, hinter dem Bundeshaus, an Haus- und Quartierfesten, in Parks und Wäldern.

Das Nachtleben soll stärker als heute von Eigeninitiative leben. Dies heisst nicht, dass wir in Richtung 24-Stunden-Konsumgesellschaft gehen wollen, aber es soll eine neue Balance zwischen Ruhe, Erholung und Feiern gesucht und gefunden werden.

- Für Beizen, Clubs und Bars fordern wir, dass die Polizeistunde aufgehoben wird und dass subjektive Lärmklagen keine Schliessung zur Folge haben können. Der Überwirtungsparagraph soll abgeschafft und die Gastgewerbegesetzgebung generell an die Realität und die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden.
- Jugendliche werden vom kommerziellen Kulturangebot oft durch Altersbeschränkungen, hohe Preise und andere Regelungen (Kleider, Aussehen, Herkunft etc.) ausgeschlossen. Deshalb braucht es mehr nichtkommerzielle Freiräume für Jugendliche, die selbstbestimmt gestaltet werden dürfen.
- Für Jugendliche sind das Ausloten von Grenzen und der Umgang mit der eigenen Identität wesentlich für die Entwicklung. Bei diesem Prozess brauchen Jugendliche manchmal Hilfe. Deshalb ist die niederschwellige, unabhängige und anwaltschaftliche Jugendarbeit auszubauen.
- Die Reitschule als einer der wichtigsten kulturellen Treffpunkte des Kantons darf nicht mehr länger als Auffangbecken für die nicht gelösten Folgen der repressiven Nachtleben-, Jugend-, Kultur- und Freiraumpolitik von Stadt und Region Bern missbraucht werden. Die basisdemokratischen Strukturen der Reitschule sollen von den Behörden und der Politik respektiert werden.
- Die Reitschule ist ein demokratisch legitimes städtisches Kulturzentrum. Der Kanton hat keinerlei Befugnisse, sich einzumischen, und er darf die Reitschule nicht schliessen, auch nicht über Sanktionen beim Finanzausgleich.

## Raumplanung und Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das Schritt für Schritt der Profitmacherei und Spekulation entzogen werden soll. Um der Gentrifizierung entgegenzuwirken, soll der Kanton aktiv günstigen Wohnraum schaffen und genossenschaftliches bzw. gemeinnütziges Bauen fördern. Unsere Wohnraumpolitik orientiert sich am Konzept des Co-Housing. Dieses

zeichnet sich insbesondere durch selbstverwaltete Gemeinschaftseinrichtungen aus. Grundlegendes Ziel ist es, gemeinschaftlich zu verrichten und zu teilen, was oft allein gekauft oder produziert wird. Damit sollen alltägliche Haushaltsarbeiten vereinfacht und die Tätigkeiten durch die gemeinsame Verrichtung sinnhaft aufgewertet werden.

Um das Verkehrsaufkommen, den Energieverbrauch und die Zersiedelung mittelfristig zu reduzieren, ist es notwendig, dass Arbeits- und Wohnort wieder näher zusammenrücken. Arbeitsplätze sollen in der Nähe des Wohnraums angesiedelt werden und von Menschen aus dem näheren Umkreis besetzt werden. Gleichzeitig hinterfragen wir die Wachstumsstrategie des Kantons, wenn es darum gehen soll, durch Standortwettbewerb und Steuersenkungen zusätzliche Firmen und Arbeitsplätze in Bern anzusiedeln.

- Der Kanton kann mit seiner Bodenpolitik den Wohnraum und die Preisentwicklung stark beeinflussen. Deshalb soll der Kanton kein Land mehr verkaufen, sondern nur noch im Baurecht abgeben. Um den Einfluss effektiv geltend zu machen, müssen die Verträge verpflichtende Bedingungen enthalten, die günstigen und ökologischen Wohnraum festschreiben.
- Zur Verhinderung weiterer Zersiedelung insbesondere im ländlichen Raum und in den Agglomerationen soll ein Verbot für den Bau neuer Shoppingcenter, Freizeitparks und ähnlicher Anlagen, die einerseits grossen Landverschleiss verursachen und andererseits zu grossem Mehrverkehr auf der Strasse führen, im kantonalen Raumplanungsgesetz verankert werden.
- Benötigt der Kanton seine Liegenschaften nicht mehr, sollen die Gemeinden ein Vorkaufsrecht oder Nutzungsrecht von kantonalen Liegenschaften erhalten. Die Liegenschaften sollen nicht einfach an den Meistbietenden veräussert werden, sondern wenn möglich im Besitz der öffentlichen Hand (Kanton oder Gemeinden) oder gemeinnützigen Akteuren (Genossenschaften) ohne Renditedruck bleiben.

- Viele Eigentumswohnungen und -häuser bleiben un- bzw. untergenutzt, z. B. wenn die Kinder ausziehen. Der Kanton soll mittels regionaler Förderprogramme die Menschen motivieren, diesen Wohnraum zu vermieten oder in geeigneten Wohnraum umzuziehen.
- In Zeiten akuter Wohnungsnot und steigender Mietpreise soll die Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden wie z. B. Fabrikool toleriert werden. Der Kanton soll Hauseigentümer\*innen, deren Liegenschaften länger als 6 Monate leerstehen, zur Vermietung bzw. Zwischennutzung verpflichten. Zwischennutzungen sollen aber von den Eigentümer\*innen nicht dazu missbraucht werden können, noch mehr Profit aus den Häusern zu pressen, die nicht regulär vermietbar sind.
- Der Kanton soll sich bei der Räumung von besetzten Liegenschaften am sogenannten „Zürcher Modell“ orientieren: Besetzte Liegenschaften dürfen erst dann polizeilich geräumt werden, wenn eine rechtskräftige Abbruch- oder Baubewilligung vorliegt, der Baubeginn unmittelbar bevorsteht oder eine rechtmässige Nutzung belegt werden kann.
- Der Kanton soll sogenannte „experimentelle“ Wohnformen wie Wagenplätze etc. fest in der kantonalen Raumplanung verankern. Wagenplätze und Sonderzonen wie in Bern-Riedbach ermöglichen dichtes, unkompliziertes Wohnen. Auf Bundesebene soll sich der Kanton für die Anerkennung von mobilen Wohnformen einsetzen, bspw. durch die Überprüfung der Dauer für bewilligungsfreie Fahrmisbauten (mehr als 3 Monate).
- Bern soll endlich genügend Stand-, Durchgangs- und Transitplätze für (in- und ausländische) Fahrende und andere Menschen, die sich einer mobilen Lebensweise verschrieben haben, zur Verfügung stellen. Gemeinden, die sich bei der Realisierung von Plätzen nicht kooperativ zeigen, sollen dazu verpflichtet werden können, sich an nicht gedeckten Folgekosten (Betreuung, Betrieb und Unterhalt der Plätze) von Plätzen in anderen Gemeinden zu beteiligen.

## Verkehr

Die Ausgestaltung des Strassen- und Verkehrsraums hat sich grundsätzlich an den Bedürfnissen und der Sicherheit der sogenannten „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer\*innen (Fussgänger\*innen, Radfahrende etc.) zu orientieren. Insbesondere sollen Kinder ihren Schulweg zu Fuss oder mit dem Velo bewältigen können, ohne den Gefahren des Strassenverkehrs ausgesetzt zu sein.

Der motorisierte Individualverkehr braucht zu viel Platz. Es soll in Zukunft konsequenter auf nichtmotorisierte Mobilität gesetzt werden. Automobilität soll erschwert und das Angebot an Parkplätzen in Zentrumsnähe weiter reduziert werden. Grundsätzlich sollen Fussgänger\*innen und Velofahrer\*innen bevorzugt werden. Mit Hilfe steuerlicher und ordnungsrechtlicher Anreize (Mobilitätssteuer, Geschwindigkeitsreduktionen, mehr Tempo-20-Zonen und Reduktion der Parkzonen) soll eine Verhaltensänderung belohnt werden. Zudem streben wir eine generelle Temporeduktion auf allen Strassen innerorts wie ausserorts an.

- Die Senkung der Motorfahrzeugsteuer ist rückgängig zu machen. Zudem sollen grosse und schwere Autos mehr Abgaben bezahlen.
- Der kantonale Steuerabzug für Mobilität soll auf den Preis eines 2.-Klasse-Generalabonnements beschränkt werden. Menschen, die pendeln wollen oder müssen, sollen vorrangig den öffentlichen Verkehr benützen.
- Road Pricing, d. h. die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur, ist eine Möglichkeit, den Autoverkehr unattraktiv zu machen. Insbesondere der motorisierte Privatverkehr muss massiv eingeschränkt werden. Road Pricing kann ein erster Schritt dazu sein, weshalb wir die Einführung dieses Instruments unterstützen.
- Gleichzeitig sollen Carsharing, Mitfahrgelegenheiten und Fahrgemeinschaften gefördert werden. Die Besetzungszahl pro Fahrzeug muss zwingend erhöht werden. Insbesondere

Grossbetriebe mit vielen Mitarbeiter\*innen sollen dazu stärker in die Pflicht genommen werden.

- Der Kanton soll mit regelmässigen kantonalen autofreien Sonntagen ein Zeichen gegen den motorisierten Individualverkehr setzen. Ausserdem soll sich der Kanton beim Bund für die Durchführung autofreier Tage auf Bundesebene einsetzen.
- Der Flugverkehr ist mittlerweile der Verkehrsträger, der weltweit am stärksten wächst. Bereits jetzt ist er für 5 % des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich, Tendenz stark steigend. Wir fordern deshalb die Einführung einer globalen, mindestens aber europäischen Kerosinsteuer und die Schliessung aller Flugplätze im Kanton Bern (inklusive des Militärflugplatzes Meiringen).
- Die Stärkung des Veloverkehrs ist nötig und für die Lebensqualität wünschenswert. Ziel muss es sein, dass mehr Menschen aller Alters- und Einkommensklassen Strecken mit dem Fahrrad absolvieren. Dabei ist die Abgrenzung von Rad- und Fusswegen zentral für das Sicherheitsgefühl des Langsamverkehrs.
- Der Kanton sorgt dafür, dass auf den Kantonsstrassen separate und farbig markierte Spuren und Radwege (mindestens 2 Meter breit) eingerichtet werden, um Velofahrer\*innen vom restlichen Fliessverkehr abzugrenzen. Zur Vergrösserung der Fläche für den Langsamverkehr soll die Strassenfläche des motorisierten Verkehrs eingeschränkt werden.
- Temporeduktion auf 30 km/h generell innerorts

## Energie

Wir sind überzeugt, dass die Herausforderungen der Energiewende nicht nur mit mehr Effizienz und Investitionen in die erneuerbaren Energien gemeistert werden können; genauso nötig ist die Förderung der Selbstversorgung sowie von Lebensweisen, die auf einen reduzierten Verbrauch natürlicher Ressourcen und Konsumverzicht aufbauen

(Suffizienz), um die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten.

- Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und die Stilllegung aller noch betriebenen Atomkraftwerke (AKW). Gas- und Kohlekraftwerke sind keine Alternativen dazu. Der bis zum Zeitpunkt der Abschaltung der Atomkraftwerke produzierte AKW-Strom soll nur noch auf expliziten Wunsch der Kund\*innen geliefert werden.
- Das AKW Mühleberg wird uns trotz der beschlossenen Abschaltung per 2019 noch über Jahre beschäftigen. Einerseits muss die Sicherheit während der letzten Betriebsjahre und der nachfolgenden Massnahmen zur Stilllegung gewährleistet werden. Das heisst auch, dass die heute bekannten Missstände beseitigt werden müssen. Andererseits muss der Abbau durch die Betreibergesellschaft sichergestellt werden und darf keine zusätzlichen Kosten für die öffentliche Hand zur Folge haben.
- Der Kanton Bern als Hauptaktionär der BKW soll erwirken, dass diese ihre Beteiligungen an nicht erneuerbaren Energiequellen abstösst. Die BKW soll nur noch Strom aus erneuerbaren Energien anbieten.
- Wir fordern die Nutzung erneuerbarer Energien. Wir engagieren uns für die Errichtung von dezentralen Kleinkraftwerken, für energieautarke Regionen, für den Bezug von Energie aus lokaler Produktion und für die Förderung von Energiegenossenschaften. Neben der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung schaffen diese Arbeitsplätze und erhöhen die regionale Wertschöpfung.
- Wir fordern eine konsequent höhere Besteuerung aller fossilen Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel oder Erdgas. Nur so ist eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger und die Senkung des Energieverbrauchs realisierbar.
- Die Preispolitik der BKW soll so ausgestaltet werden, dass der Grundbedarf für alle bezahlbar bleibt und der Luxusverbrauch teurer wird. Mithilfe von energiesparenden Geräten, Sanierungen

und Konsumverzicht kann der Grundbedarf sukzessive gesenkt werden.

- Der Kanton Bern soll bis 2050 die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllen. Dazu sind verschiedene Massnahmen im Bereich der Energie-, Verkehrs- und Wohnbaupolitik notwendig.
- Neben der Förderung erneuerbarer Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz durch bauliche und technologische Massnahmen muss vor allem der Energieverbrauch der Konsument\*innen reduziert werden. Dazu sind neben Informationskampagnen und Bildungsprojekten für eine nachhaltige Entwicklung Abgaben und Recycling-Konzepte geeignete Mittel.
- Der Kanton fördert aktiv die Installation von Solarzellen zur Warmwasseraufbereitung auf Neubauten und bei Dachsanierungen.
- Der Energieverbrauch soll weiter mit Anreizen gesenkt und erneuerbare Energien sollen aktiv gefördert werden. Die BKW berät proaktiv, wie Energie eingespart werden kann. Projekte der ewz (Elektrizitätswerk der Stadt Zürich) und anderer Energieversorgungsunternehmen können dabei als Vorbild dienen.
- Die Stromversorgung ist ein öffentliches Gut und deshalb darf die seit Jahren pendente Liberalisierung des Strommarktes nicht umgesetzt werden.

## Bildung

Bildung muss ihren humanistischen und emanzipatorischen Anspruch auch in Zeiten der Ökonomisierung aller Lebensbereiche aufrechterhalten. Bildung bedeutet nicht das Ausbilden von verwertbaren Skills und das Heranzüchten von angepassten Konsument\*innen, sondern die aktive Auseinandersetzung des Individuums mit der Welt, insbesondere mit der kulturellen, sozialen und politischen Wirklichkeit. Im Zentrum der Schule steht Persönlichkeitsentwicklung zu mündigen, verantwortungsvollen und handlungsfähigen Bürger\*innen.

Bildung ist ein Grundrecht und ein öffentliches Gut, das allen Bewohner\*innen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und Einkommen zur Verfügung stehen muss. Deshalb muss Bildung gesellschaftlich organisiert und durch Steuergelder finanziert werden – sie darf und soll die Gesellschaft etwas kosten. Die verheerenden Tendenzen der letzten Jahre, die Bildung den Marktkräften zu überlassen, müssen umgehend unterbunden werden. Wirtschaftliche Interessen dürfen weder den Lehrplan der Schulen noch die Forschungsausrichtung der Universitäten bestimmen.

- Einsparungen bei der Bildung sind immer mit Qualitätseinbussen verbunden, weil fast nur bei den Löhnen Sparpotential vorhanden ist. Dementsprechend werden Lektionen gekürzt oder das Betreuungsverhältnis (Anzahl Schüler\*innen pro Klasse) verschlechtert, was zwangsläufig zu schlechteren Arbeits- und Lernbedingungen – für Lehrkräfte ebenso wie für die Schüler\*innen und Studierenden – führt.
- Selektion verschärft die Vererbbarkeit von Bildungschancen und reproduziert damit die gesellschaftliche Hierarchie. Deshalb gehört die Selektion abgeschafft.
- Kinder sind von Natur aus neugierig, diese Neugierde darf weder durch die Sanktionierung mit Leistungsbewertungen noch durch das Korsett des gleichgeschalteten Klassenunterrichts zerstört werden. Deshalb sind die Noten durch ein entwicklungsgerechtes Selbst- und Fremdbeurteilungssystem zu ersetzen, das die individuellen Stärken und Schwächen der Schüler\*innen abbildet. Um die Lernlust und die individuelle Entfaltung der Schüler\*innen zu fördern, ist das selbstverantwortete Lernen in vielfältigen Formen des offenen Unterrichts und demokratischer Strukturen auszubauen.
- Wir begrüßen grundsätzlich die Stossrichtung des Lehrplans 21, der stärker auf die Aneignung von Kompetenzen ausgerichtet ist und weniger das Auswendiglernen von Wissen propagiert. Allerdings dürfen Kompetenzen nicht bis in jedes Detail durchstrukturiert sein, sondern müssen in Form von Mindeststandards festlegen, welche minimalen Kompetenzen

jede\*r Schüler\*in einer Klassenstufe beherrschen muss. So entsteht viel Freiheit für die individuelle Gestaltung des Lehrens und Lernens.

- Die Pädagogische Hochschule Bern muss bei der Lehrer\*innenausbildung dringend von der verbürokratisierten Beschäftigungstherapie wegkommen und die angehenden Lehrpersonen wieder vermehrt zu Menschen bilden, die ihrer späteren Vorbildrolle gerecht werden können. Dazu braucht es Mut zum Experimentieren mit innovativen Unterrichtsformen, individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der angehenden Lehrpersonen, eine praktischere Ausrichtung der Ausbildung und eine vertiefte Reflexion der eigenen Rolle als Lehrperson.
- Bildung geht auch nach der obligatorischen Schule weiter. Wir setzen uns dafür ein, dass alle im Kanton Bern wohnhaften Personen Bildungsgutscheine erhalten, die sie frei einsetzen können. Damit soll gewährleistet werden, dass alle Menschen ihre Fähigkeiten und Interessen weiterentwickeln können, unabhängig vom Portemonnaie. Ausserdem soll damit garantiert werden, dass neben der ökonomisierten berufsspezifischen Weiterbildung freies Lernen für alle möglich ist, vom Sprach- bis zum Schachkurs, vom Gesangsunterricht bis zum Graffiti-Workshop.
- Der Kanton Bern soll eine Pionierrolle einnehmen bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dazu braucht es entsprechende Gefässe im Stundenplan, in der Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen und neues Unterrichtsmaterial.
- Bildungseinrichtungen als Orte der Begegnung haben in Bezug auf die Integration verschiedener sozialer Gruppen eine grosse Verantwortung. So können beispielsweise Projekte, die den Austausch und die Zusammenarbeit mit Migrant\*innen ermöglichen, Begegnungen über die kulturellen Grenzen hinweg fördern. Gemeinsame Projekte mit der migrantischen Diaspora sind eine Grundlage zur Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz betreffend Kolonialismus, Rassismus, globale wirtschaftliche

Ungleichheiten (u. a. Waffenexporte, Rohstoffhandel etc.) sowie Demokratie und Menschenrechte.

## Gesundheit und medizinische Versorgung

Gesundheit ist nicht bloss die Abwesenheit von Krankheit, sondern beinhaltet geistiges und körperliches Wohlbefinden. Der Zugang zu medizinischer Versorgung, Prävention und Information muss für alle gewährleistet sein. Weniger Stress und mehr frei verfügbare Zeit steigern das Wohlbefinden. Weniger Leistungsdruck am Arbeitsplatz ist ein wichtiger Faktor zur Prävention von Krankheiten. Dies kann zum Beispiel mittels Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden und damit einhergehend mittels Aufstockung personeller Ressourcen. Dies ist insbesondere auch im Gesundheitsbereich wichtig, da dort oft Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen herrschen, die alles andere als gesundheitsfördernd sind.

- Die Gesundheitsversorgung soll möglichst dezentral organisiert sein, was den Zugang zu medizinischer Versorgung verbessern soll. Zudem können so auch Bezugspersonen aus dem nahen Umfeld, welche über wenig Budget verfügen, ihre Angehörigen im Spital besuchen. Soziale Kontakte sind wichtig für den Genesungsprozess. Einzig wenn es um spezialisierte Eingriffe geht, macht eine Zentralisierung in bestimmten Spitälern Sinn.
- Auch betagte Menschen und/oder Personen mit einer geistigen, psychischen oder irreversiblen physischen „Beeinträchtigung“ haben das Recht auf eine gute Versorgung. Dazu gehört bei stationären Einrichtungen auch ausreichend ausgebildetes Personal. Die Sparübungen auf Kosten dieser Personengruppen sind rückgängig zu machen.
- Bei stationären Einrichtungen führen zunehmend profitorientierte Unternehmen die Einrichtungen. Der Profit kann nur durch Qualitätseinbussen beim Angebot und der Betreuung der alten Menschen erfolgen. Der Kanton Bern soll dem entgegenwirken und keine Institutionen mehr unterstützen, welche Profite generieren. Von Fallpauschalen ist abzusehen.

- Die psychiatrisch-psychotherapeutische Grundversorgung aller Menschen soll gewährleistet sein, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Insbesondere für Menschen mit Fluchterfahrungen ist es absolut notwendig, dass ihnen dieser Zugang nicht verwehrt bleibt.
- Der Zugang zu angemessenen medizinischen Unterstützungsangeboten ist auch wesentlich vom Sprachverständnis abhängig. Wir fordern, dass fremdsprachige Personen auf einen Dolmetscher\*innendienst zurückgreifen können. Dieser soll durch öffentliche Gelder finanziert werden.
- Zahnarztkosten werden zu einem grossen Teil von den Patient\*innen selbst bezahlt. Dies hat zur Folge, dass insbesondere einkommensschwache Personen bei der Zahnbehandlung sparen und dadurch langfristig die Kosten noch mehr in die Höhe treiben. Deshalb fordern wir eine kantonale Zahnversicherung, welche, wie von der Waadtländer Regierung vorgeschlagen, über eine Zuckersteuer auf Süssgetränken finanziert wird.